d's andre blättle

ORTSZEITUNG DER SPD FÜR SONTHEIM, BRENZ UND BERGENWEILER; 44. JAHRGANG, Juli 2020/Nr. 167

Von Willi Häfele

Corona-Virus hat unser Leben stark beeinflusst

Wer hätte sich zu Jahresbeginn 2020 vorstellen können, welche gravierenden Auswirkungen ein winzig kleines Virus auf unser gesamtes Leben haben würde? Ab Mitte März legte das Corona-Virus weite Teile unserer Gesellschaft regelrecht lahm. Schulen wurden geschlossen, kulturelle, sportliche und sonstige Veranstaltungen wurden abgesagt, viele Läden und nicht wenige Firmen mussten dichtmachen. Selbst Familienfeiern und private gesellige Treffen durften nicht mehr stattfinden.

Eine alte schwäbische Lebensweisheit, die auch auf die derzeitige Corona-Pandemie passt, lautet:

„Koi Schad, wo et a Nutz drbei isch!"

Doch all diese von staatlichen Stellen verordneten Einschränkungen waren wohl nötig – und sie zeigten auch durchaus Erfolge. So ging die Zahl der Neuinfektionen allmählich zurück, und im Vergleich zu vielen anderen Ländern hatten wir verhältnismäßig wenig Todesfälle. Jetzt bleibt zu hoffen, dass die inzwischen eingeführten Lockerungen nicht zu einer zweiten Infektionswelle führen, und dass spätestens im nächsten Jahr ein geeigneter Impfstoff zur Verfügung steht.
Obwohl Deutschland bisher glimpflich davonkam, sind jedoch die wirtschaftlichen Folgen beträchtlich. Die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen, das Bruttosozialprodukt ging deutlich zurück, und die Staatsverschuldung ist durch die umfangreichen, sicher notwendigen Hilfsmaßnahmen der Regierung gewaltig angestiegen.

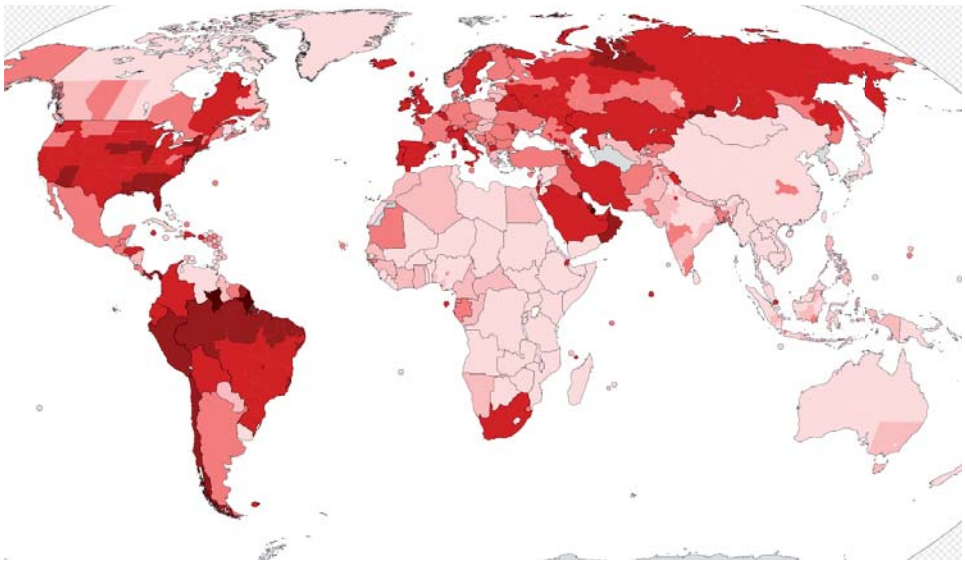
Brachte die Krise auch etwas Gutes?

Bei allen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es aber meiner Ansicht nach zum Trost auch einige durchaus positive Aspekte:

Das Leben der meisten Menschen hat sich in den vergangenen Monaten deutlich entschleunigt und viele hatten mehr Ruhe und weniger Stress. Es gab erfreulich viele Beispiele von Hilfsbereitschaft, Solidarität und Kreativität. Wesentlich weniger Flüge und weniger Verkehr auf unseren Straßen haben Natur und Umwelt gutgetan.

Die Krise hat auch gezeigt, dass es gut wäre, wenn unser Gesundheitswesen nicht weiter privatisiert würde und dass es nicht sinnvoll ist, die Herstellung wichtiger Produkte (wie z.B. Medikamente oder selbst einfache Atemmasken) ins Ausland zu verlagern.

Wir haben durch diese Pandemie erfahren, dass wir Menschen auch heutzutage nicht alles im Griff haben, und dass selbst modernste Technik samt Fortschritt, Wachstum und viel Geld nicht für absolute Sicherheit sorgen können. Die Krise hat uns ja schonungslos gezeigt, dass die Menschheit auch heute noch stark von der (manchmal unberechenbaren und unerbittlichen) Natur abhängig ist. Neben weltweiten Epidemien denke ich dabei auch an Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben und Vulkanausbrüche. Auch die weitgehend von uns selbst verursachte Erderwärmung mit den Klimaveränderungen zähle ich hierzu.



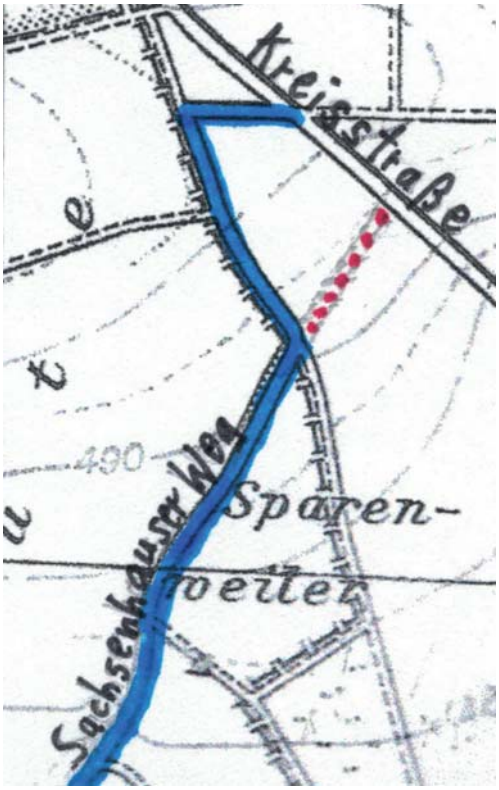
FAZIT: Wenn wir Menschen durch die Corona-Pandemie alle ein wenig nachdenklicher, bescheidener und demütiger würden, hätte diese schlimme Sache letztlich auch etwas Positives bewirkt.

Aktuelle Verteilung der Corona Infektionen. Stand 14.7.2020
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie#/media/Datei:COVID-19_Outbreak_World_Map_per_Capita.svg

Von Willi Häfele

Sachsenhauser Weg: Keine gute Lösung!

Beim Ausbau des Sachsenhauser Weges als örtliche PKW-Umleitungsstrecke für die gesperrte B 492 wurde eine große Chance verpasst. Schon immer waren die scharfen, teils sogar spitzwinkligen Kurven vor und bei der Einmündung in die bayrische Kreisstraße von Obermedlingen nach Sachsenhausen ein gefährliches Verkehrshindernis. Anstatt nun bei der Gelegenheit den Sachsenhauser Weg am Ende auf der bayrischen Seite geradeaus bis zur Kreisstraße zu führen, erfolgte jetzt ein Ausbau auf der alten kurvigen Strecke. Der Weg wurde deutlich verbreitert und dann neu asphaltiert. Damit wurde die ungünstige und gefährliche Streckenführung wohl für lange Zeit zementiert. Eine direkte Zuführung zur Kreisstraße wäre übrigens nur halb so lang gewesen! (Siehe rot gepunktete Linie).



Um den Straßenverlauf zu begradigen und damit kürzer und ungefährlicher zu gestalten, hätte man allerdings rechtzeitig mit der bayrischen Seite verhandeln müssen. Leider aber haben die Gespräche mit den zuständigen Behörden über mögliche Umleitungsstrecken erst kurz vor Beginn des B 492-Ausbaus dazu geführt, dass der Sachsenhauser Weg als PKW-Umleitung bestimmt wurde. Die dafür notwendigen Baumaßnahmen wurden dann noch schnell im April durchgeführt – kurz vor dem Beginn der Arbeiten an der B 492 zwischen Brenz und Hermaringen. Mit einer rechtzeitigen Planung hätte meiner Ansicht nach jedoch eine sinnvollere und kostengünstigere Lösung für die Zukunft erreicht werden können.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

en de letschte Jaohr send ja emmer wieder Ermahnonga em Nachrichtablatt zom Leasa gwea, dia Jonge sollat koine bleede Stroich macha en dr Moianacht.
Mir altam Ma isch des scho ao auf da Wecker ganga mit deam ganza Klopapier. Guat – hee war dao et viel, aber bsonders originell war's et. (Vielleicht hat ma en deam Jaohr ja d's Klopapier spara miassa, denn en de Läda isch's zeitweis ausverkauft gwea!) Drfür hat's auf am Raothausvorplatz a „Mitnahmebänkle" geba, en A'spielung auf a Idee aus am Gmoidraot. Dao hant sich Oine wenigstens ebbes Netts eifalla lassa.

Unters Kopfkissen gesteckt...

Osra Schultes hat doch dui Sach mit deaner Omloitongsstrecke von Brenz nach Sachsahausa betrieba. A bissle verspätet als Moiastroich hat ebber auf des nuie Sträßle na'gschrieba: BM Kraut Highway. Viele hant über den Gag gschmunzlat, aber dr Betroffane scheint's weniger. Em Osiander hat oiner verzählt, er häb beobachtat, wia vom Bauhof dui Aufschrift wieder weggschrubbt worra sei. Jetzt fraogt sich der Osiander aber scho, was an deam Spässle schlemm war. Als Politiker muaß ma doch ao a bissle eistecka kenna ond derf et so arg empfendlich sei, soscht hat ma da Beruf verfehlt. Vielleicht sott ma bei dr nächschta Ausschreibong von dr Schultes-Stell ja neischreiba: A weng Humor dät ao et schada.
Was aber richtig Ärger macht auf deaner Omloitongsstrecke, send dia onterschiedliche Gschwendigkoitsbegrenzonga. Für d'Ordnungshüter isch des scheints a gfondes Fressa: Dao hant se jetzt mit Blitzer scho ganz schea Geld gmacht. Oiner, der's arg pressant ghet hat, häb sogar sein Fihrerschei eibiaßt!
Dr Osiander isch ja scho drfür, dass ma d'Verkehrsregla eihält, aber dia, wo dui Strecke fahra miaßat, hant doch jetzt grad mit deaner Omstellong gnuag Ärger ond Eibuaßa. Ma muaß sich an so a nuia Situatio ao zerscht gwehna. Dao hätt des mit am Blitza ond de Straofa no a Weile Zeit ghet! Grad wo jetzt a nuier Buaßgeldkatalog rauskomma isch, hält dr Osiander des Verfahra fei für recht o'freindlich.
Für heut langt's wieder amoal. „Bleibat gsond!" wenscht Euch älle dr alt

Osiander

Vom SPD-Landesvorsitzenden MdL Andreas Stoch

„Gebührenfreie Kitas – Jetzt erst recht!“

Das Verfassungsgericht hat am 18. Mai unsere Klage auf Zulassung eines Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas abgewiesen. Verlierer ist hier aber nicht die SPD mit ihren vielen Bündnispartnern. Verlierer sind vor allem die Familien in unserem Land, die nun weiterhin für frühkindliche Bildung – je nach Wohnort – tief in die Tasche greifen müssen. Diese Entscheidung ist für mich und die SPD eine bittere Enttäuschung, aber sie ist gleichzeitig auch ein klarer politischer Ansporn. Jetzt erst recht!

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern werden wir in engem Schulterschluss den gesellschaftspolitischen Druck für unser inhaltliches Ziel weiter erhöhen. Mittlerweile haben sich 15 Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien im Land zusammengefunden, um sich neben dem Ausbau der Kita-Plätze und der notwendigen Qualitätsentwicklung auch für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen.

Wir wollen die Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildung, denn sie gehört genauso zur Bildung wie Schule oder Studium. Das Rechtsurteil bedeutet für uns nicht das Ende, sondern es ist vielmehr der Startschuss für einen familien- und bildungspolitischen Aufbruch. Die rechtliche Beurteilung des Volksbegehrens ist das eine, der gesellschaftliche Wille zur Entlastung der Familien ist das andere. Wir stehen da fest zusammen.
Angesichts der einschneidenden Auswirkungen der Corona-Krise gilt es mehr denn je, die Familien zu unterstützen. Wir haben gesehen, wie wichtig Kitas und Kindertagespflege nicht nur für berufstätige Eltern, sondern insbesondere auch für die Kinder und deren gesunde Entwicklung sind. Wir brauchen nicht nur Schutzschirme für verschiedene Branchen, wir brauchen auch einen neuen Schutzschirm für Familien – jetzt und über diese Krise hinaus.

Konjunkturpaket des Landes: „Zu wenig – zu spät!“

Nachdem der Bund ein 130 Milliarden Euro schweres Hilfspaket auf den Weg gebracht hat, ist es nun Zeit, dieses mit einem eigenen Landeskonjunkturpaket zu flankieren. Doch der „Wumms“, den Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit seinem Programm erzielen möchte, droht in Baden-Württemberg zu verhallen. Denn statt jetzt schnell und angemessen zu handeln, bremst die grün-schwarze Regierung und will erst nach der nächsten Steuerschätzung im September über landeseigene Konjunkturhilfen und einen entsprechenden Nachtragshaushalt beraten. Das reicht nicht! Was das Land hier tut, ist zu wenig und zu spät! Wir müssen jetzt unsere Wirtschaft gezielt unterstützen und zeitnah die richtigen Anreize setzen, um den angeschlagenen Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen. Dass sich die Landesregierung zu keiner gemeinsamen Konjunkturstrategie in dieser akuten Notlage durchringen kann, ist eine ernste Gefahr für die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze in unserem Land.

Liebe Sontheimerinnen, liebe Sontheimer,

in der letzten Ausgabe des Sontheimer Blättles gab ich Ihnen einen Einblick über meinen Alltag in Berlin. Die Struktur ist immer noch so. Was mir wirklich fehlt, sind die persönlichen Begegnungen. Inzwischen begleitet uns die Pandemie seit Monaten und unser Alltag bleibt verändert. Wir haben noch keinen Impfstoff und auch keine Therapie. Ich habe den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nach bestem Wissen zugestimmt. Ob die Unterstützungsmaßnahmen und die Konjunkturprogramme richtig sind, werden wir erst im Rückblick bewerten können. Schon jetzt bedanke ich mich für all die Gespräche und Anregungen in den vergangenen Monaten.

Die Koalition hat nach ersten Hilfsprogrammen ein kraftvolles Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht, das Kaufkraft und Arbeitsplätze sichern soll. Das umfangreiche Paket hat allein in den Jahren 2020/21 ein Gesamtvolumen von 130 Milliarden Euro. Es umfasst Soforthilfen, Unterstützung für die Beschäftigten und die Wirtschaft, die Kommunen, Kultureinrichtungen, Investitionen in die Mobilitätswende sowie den Umwelt- und Klimaschutz. **Besonders im Blick haben wir die Familien. Denn sie mussten (und müssen) außergewöhnlich viel leisten. Wir unterstützen Familien gezielt mit einem Kinderbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind. Das ist sozial gerecht, weil der Bonus nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet wird und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen stärkt. Bei Familien, die überdurchschnittlich Geld haben, werden die 300 Euro mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Auch Alleinerziehende werden davon profitieren – 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Darum werden wir diese Gruppe zusätzlich unterstützen: Der Entlastungsbeitrag in der Einkommenssteuer wird für zwei Jahre auf 4.000 Euro erhöht.**

Und auch die zeitlich befristete Absenkung der Mehrwertsteuer werden Familien im Geldbeutel spüren. Ziel ist es, die Konjunktur anzukurbeln. Das rentiert sich besonders bei großen Anschaffungen. Je größer der Anteil des Konsums am Einkommen ist, desto mehr ist auch die Entlastung spürbar. Und, Hand aufs Herz: Wenn die Gaststätten deswegen keine neuen Speisekarten drucken, finde ich das in diesen Zeiten völlig okay. Ich weiß, wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, macht keine großen Anschaffungen. Doch ist die Inlandsnachfrage eine der Stützen unsrer Wirtschaft, gerade wenn die Zielländer unseres Exports schwächeln.

Mir ist klar, Familien brauchen mehr als eine einmalige Geldleistung. Deswegen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Kitas und Schulen dem Infektionsgeschehen entsprechend ihr Angebot wieder hochfahren. Denn Kinder brauchen Kinder, mit denen sie gemeinsam spielen und lernen können. Wir investieren in Bildungsgerechtigkeit. Dafür stellen wir eine Milliarde Euro zusätzlich bereit – Geld für bis zu 90.000 weitere Betreuungsplätze in Kitas und der Kindertagespflege. Auch für digitalen Unterricht stellt diese Koalition Geld bereit.

Das war uns als SPD wichtig, denn digitale Bildung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Wir konnten durchsetzen, dass 500 Millionen Euro zusätzlich für Tablets bereitgestellt werden. Gleichzeitig erhalten die Länder weitere zwei Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen.

Kurzarbeit hat sich auch in der Finanzkrise vor über zehn Jahren bewährt. Gerne hätte ich gesehen, wenn das Kurzarbeitergeld schon ab dem ersten Tag höher wäre und nicht erst ab dem vierten Monat. Kurzarbeit ist einfach auch ein gutes Mittel, nach der Krise schnell wieder durchstarten zu können.

Aber auch ein Schutzschirm für Auszubildende war meiner Partei wichtig. Wir sorgen dafür, dass Schulabgänger*innen trotz der aktuellen Situation eine Ausbildung beginnen und Auszubildende ihre Ausbildung ordentlich zu Ende bringen können. **Es wird Prämien für Betriebe geben, die ihr Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten oder erhöhen, beziehungsweise Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen.**

Informationen über all diese und mehr Einzelmaßnahmen finden Sie auf meiner **Homepage: www.leni-breymaier.de.** Wenn Sie nicht genau das finden, was Sie suchen, melden Sie sich gerne unter **leni.breymaier@bundestag.de.**

Das zweite Halbjahr 2020 steht ganz unter dem Eindruck der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ich habe große Erwartungen daran, dass es uns gelingt, dass Europa nach der Pandemie solidarischer dasteht. Solidarität erfuhr in den letzten Wochen eine stärkere Betonung. Bewahren wir uns das.

Die Pandemie ist schlimm. Wir können daraus lernen, den Wert sozialer Sicherungssysteme zu schätzen und für ihren Erhalt zu kämpfen. **Krankenhäuser sind öffentliche Daseinsvorsorge, mit ihnen muss kein privates Geld verdient werden.** Und: Die Arbeit von Menschen mit und am Menschen muss Wertschätzung erfahren. Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen. Wer hat den Laden am Laufen gehalten? Ich will mich daran auch in meinem Tun erinnern.

In diesem Sinne: Halten Sie Abstand und bleiben Sie gesund!

Herzliche Sommergrüße Ihre Bundestagsabgeordnete

Leni Breymaier

Nachgedacht

Als mein Vater 4 Jahre alt war, begann der 1. Weltkrieg und endete, als er 8 Jahre alt war, mit 22 Millionen Todesopfern.

Als er 7 Jahre alt war, traf die russische Revolution die wirtschaftliche Situation der Eltern schwer.

Derweil brach als weltweite Pandemie die „Spanische Grippe“ aus und forderte 50 Millionen Tote. Sie endete als er 10 Jahre alt war.

Als er 19 Jahre alt war, bewirkte der Börsencrash in New York eine weltweite Wirtschaftskrise mit Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

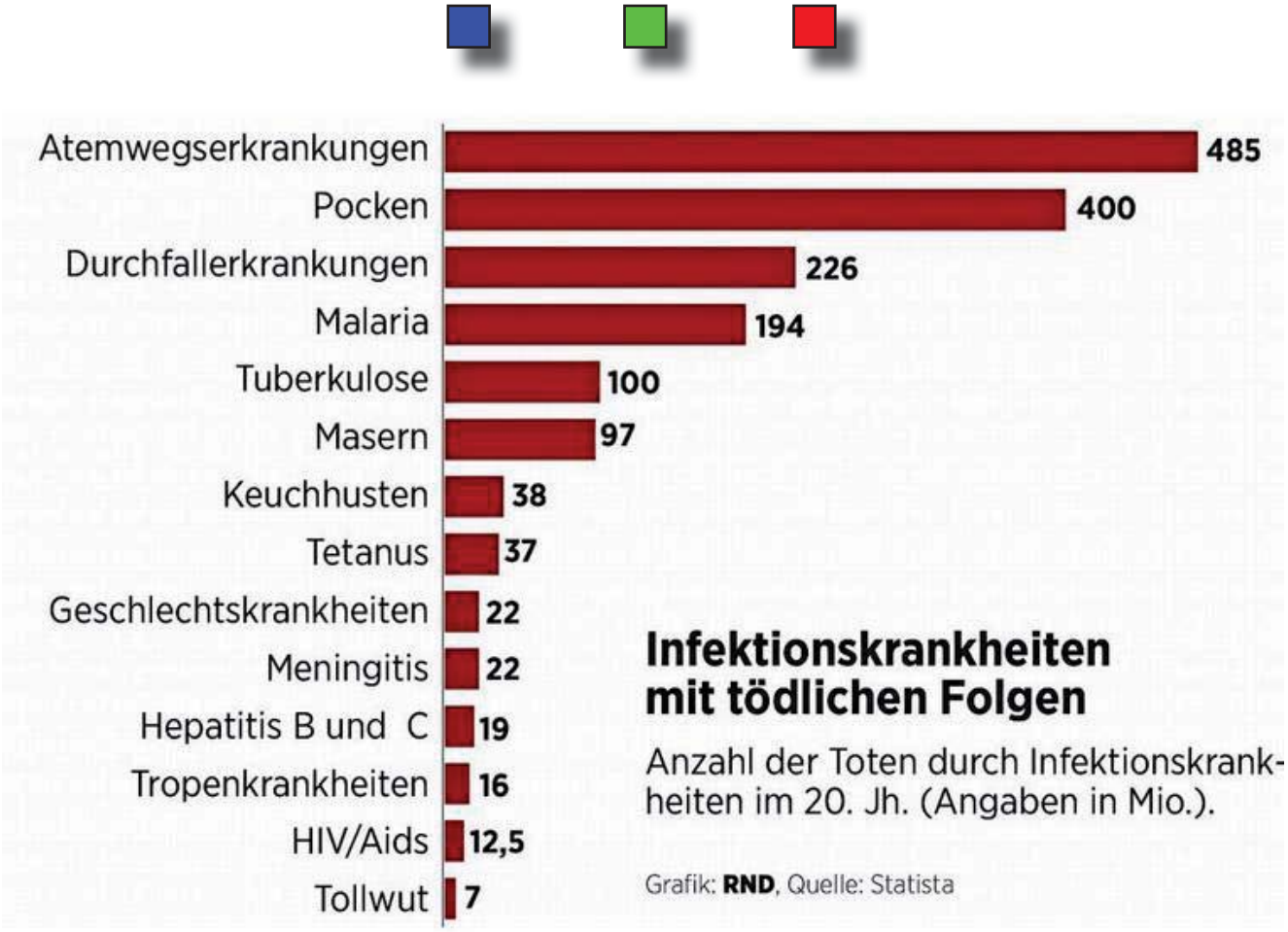
Der 2. Weltkrieg begann, als er 29 Jahre alt war, und endete als er 35 Jahre alt war, mit 60 Millionen Toten. Er verlor seine Heimat und musste mit ungewissen Aussichten ein neues Leben mit seiner kleinen Familie beginnen.

Mit 43 Jahren erlebte er die Polio-Epidemie in Deutschland mit fast 10.000 Todesopfern.

Währenddessen begann der Koreakrieg, und als er 54 Jahre alt war, der Vietnamkrieg.

Heute jammern wir über die unbequemen Masken, ausgefallene Spaßveranstaltungen, eingeschränkte Einkäufe und entgangene Urlaubsreisen in einem Zeitraum von nur einigen Wochen. Einschränkungen, die wegen der Pandemie mit weltweit 569 000 Toten sinnvoll sind, und über die mein Vater nur mit den Schultern gezuckt hätte.

Jutta Häfele



Interviews mit den neuen Gemeinderäten Hanna Resch (HR) und Dominic Weiss (DW)

Das erste Ehrenamtsjahr für die im Juni 2019 neu gewählten Gemeinderäte ist nun schon vorbei – und dies möchte ich zum Anlass nehmen für eine kleine Fragerunde.

Ist das Ehrenamt schwieriger als Ihr es Euch vorgestellt habt?

HR: Ja, ich muss sagen, dass es sehr umfangreich ist und es viele Themengebiete gibt, bei denen ich noch Zeit benötige um diese genau zu verstehen.

DW: Schwieriger nicht unbedingt, aber ein wenig anders als gedacht. Zum einen, weil sich manche Prozesse bereits seit Jahren entwickeln und somit das Vorwissen fehlt und zum anderen, weil neue Ideen manchmal schwer und/oder begrenzt umsetzbar sind.

Ist es auch belastend für Euch oder überwiegt das Gefühl, etwas Wichtiges für uns alle in der Gemeinde zu tun?

HR: Das Gefühl, sich für div. Anliegen der Bürger einzusetzen und mitwirken zu können, überwiegt durchaus.

DW: Belastend ist das falsche Wort. Manchmal ist es schwer, Beschlüsse vor Mitbürgern zu rechtfertigen, ohne alle Details bekannt geben zu dürfen. Denn ohne dieses Hintergrundwissen sind manche Sachen nur schwer nachvollziehbar und so mancher Unmut verständlich. Dennoch fühlt es sich gut an, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Ärgert Ihr Euch über manche Beschlüsse oder Handlungszwänge und könnt Ihr dafür Beispiele nennen?

HR: Selbstverständlich ist man untereinander nicht immer gleicher Meinung, dennoch ist es nicht so, dass ich mich darüber sehr ärgere, da die Mehrheit der Stimmen entscheidet.

DW: Natürlich! Da gibt es schon manche Beschlüsse, die ich persönlich mit „Zähneknirschen" hinnehmen muss. Wenn beispielsweise ein Beschluss zügig gefasst werden muss, nur weil in der Vergangenheit das ein oder andere versäumt wurde und somit keine Zeit für eine tiefgründige Beleuchtung des Themas bleibt. Oder auch der Sachverhalt „Brenzsteg".

Welche großen Aufgaben stehen aus Eurer Sicht für die Gemeinde zukünftig an?

HR: Meiner Meinung nach sollte die Planung und Durchführung des neuen Feuerwehrgerätehauses und die Planung zu den Sanierungen der Hermann-Eberhardt-Halle voranschreiten. Zudem wäre die Errichtung eines Waldkindergartens meiner Meinung nach super.

DW: Es muss unbedingt was in der Kinderbetreuung und bei der Attraktivität unserer Gemeinde für die jungen Mitmenschen geschehen, soweit das in der (Mit-)Verantwortung der Gemeinde steht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Bereitstellen von Industrieflächen und Baugebieten. Interesse ist da. Hier wäre mehr vorausschauendes Handeln und zukunftsorientiertes Planen wünschenswert. Auch der zukünftige Breitbandausbau und der umstrittene Mobilfunkstandart 5G sind zu besprechen.

Ist die Gemeinderatsarbeit seit der Corona-Epidemie anders und umständlicher geworden?

HR: Aus meiner Sicht hat sich die Arbeit nicht geändert. Die Gemeinderatssitzungen werden zwar in der Gemeindehalle und die Fraktionssitzungen mit genügend Abstand durchgeführt, jedoch ergibt sich für mich dadurch kein Problem.

DW: Schon ein wenig. Zuerst sind Sitzungen ausgefallen, dann gab es eine Telefonkonferenz. Die letzten Male wurde dann in der Gemeindehalle getagt. Hierbei war außer des größeren Abstandes fast alles „normal". Allerdings wurden aufgrund der aktuellen Umstände manche Dinge auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Würdet Ihr für die nächste Wahlperiode wieder kandidieren?

HR: Das Jahr als Gemeinderatsmitglied ist sehr schnell vergangen und hat mir natürlich auch Spaß gemacht, jedoch weiß ich nicht, was in 4 Jahren privat und beruflich bei mir ansteht, somit kann ich diese Frage noch nicht beantworten.

DW: Auf jeden Fall. Die Arbeit im Gemeinderat macht mir Spaß. Nach wie vor möchte ich die Interessen und Anliegen der Mitbürger so gut es geht im Gemeinderat vorbringen und vertreten.

Vielen Dank für Eure Arbeit und alles Gute für die Zukunft.

Bernhard Fischer

Von Gemeinderat Dominic Weiss

Kurz und knapp aus dem Gemeinderat

Sitzung vom 28.5.2020

Architekt Rechthaler gab einen Überblick über die Gesamtbaukosten und den Zeitplan des weiteren Bauablaufs der Innensanierung der GWRRS (ehemaliges Hauptschulgebäude). Die Innenputzarbeiten wurden für 88.575 € an die Firma Tagliamonte aus Syrgenstein vergeben.

Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, auf die Erhebung der Kindergartenbeiträge im Monat Mai 2020 zu verzichten. Ebenso war dies für den Monat April 2020 in einem Umlaufbeschluss beschlossen worden. Um die Kosten zu decken, hat die Gemeinde bereits zwei Abschlagszahlungen vom Land Baden-Württemberg erhalten.

Ebenfalls einstimmig wurde dem Abschluss eines Beförderungsvertrages mit der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-BodenseeGmbH (RAB) für die Schuljahre 2020/21 und 2021/22 zugestimmt. Allerdings unter der Voraussetzung, dass der Landkreis Heidenheim und die Stadt Niederstotzingen im Rahmen der bisherigen Kostenverteilung dem Vertrag entsprechend zustimmen. Die anteiligen Kosten für die Gemeinde Sontheim belaufen sich auf ca. 11.800 € pro Jahr.

Sitzung vom 23.6.2020

Der Beschluss vom 21.1.2020 über die Abstufung der Verbindungsstraße zwischen der Schellingstraße und der Straße „In der Au" zum Geh- und Radweg wurde nach Abwägung der Bedenken aus der Bevölkerung aufrechterhalten.

Für die Arbeiten am Baugebiet „Riegele II" gingen bei der Gemeinde sieben Angebote ein. Den einstimmigen Zuschlag mit einem Gesamtvolumen von knapp 500.000 € bekam die Firma Scharpf aus Zöschingen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Sanierung der Schulküche zu. Die Kosten für Boden, Decke und Elektroarbeiten belaufen sich laut Architekt Rechthaler auf 23.150 €.

Dem Wiederaufbau eines Betriebsgeländes (Schreinerei) in der Dieselstraße wurde einstimmig zugestimmt.

Von Bernhard Fischer

Ein „Feldschütz" oder Umweltkontrolleur wäre gut

Es wäre Zeit, sich wieder einmal um eine Art Feldschütz bzw. eine Person, die sich um unsere Natur und einige Umweltprobleme in unserer Gemeinde kümmert, Gedanken zu machen. Ein vielseitiger möglicher Einsatz ergibt sich bei Kontrollen der Einhaltung von Regeln im Gemeindegebiet und der Verhinderung von Schäden. Diese Kontroll-und Vorsorgetätigkeit könnte zum Beispiel umfassen:

Die Grundstücksgrenzen innerhalb und außerhalb der Ortsgrenze, z.B. die Grünstreifen an den Fahrbahnrändern, die für die Tier-und Pflanzenwelt wichtig sind sowie die Abwassergräben und deren Übergänge.

Den Verkehr und dabei auftretende Beeinträchtigungen. Beispiel: Abkürzen über die Feldwege durch Kraftfahrzeuge (besonders gerade jetzt wegen der Sperrung der B 492), Behinderungen durch auf die Fahrbahn ragende Bäume und Hecken, wie z.B. permanent am Bergenweiler Weg von der Schienenseite her. Verschmutzungen der Straßen und Wege durch Dreck oder Sonstiges.

Die Verhinderung einer Vermüllung unserer Gemeinde durch Kontrolle der „Hotspots" z.B. bei Glas- oder Kleidercontainern, oder die Beseitigung von wildem Müll in der Landschaft und herrenlos herumstehenden Müllgefäßen, für die sich offensichtlich niemand verantwortlich fühlt.

Diese Tätigkeit muss ja nicht gleich zwangsläufig zu Anzeigen führen, es reicht schon, wenn sie zu Belehrungen führt. Das Wissen, dass Kontrollen erfolgen, könnte bestimmt schon so Manches verhindern.

Natürlich gibt diese Tätigkeit keinen Vollzeitjob her, eine Teilbeschäftigung sollte jedoch möglich sein. Vor allem wenn diese Kraft eventuell beim Bauhof integriert würde und dann weitere (Vorsorge-)Tätigkeiten übernehmen könnte, z.B. die frühzeitige Aufnahme von Schäden auf Spielplätzen, an Straßen und Gehwegen, an Kanaldeckeln und Randsteinen, bevor Folgeschäden zu erwarten sind. Ich finde, dies sollte für unsere Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat eine reifliche Überlegung wert sein.

Was macht eigentlich.....

der Aufsichtsrat des Heidenheimer Klinikums

Von Rainer Domberg, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

Das Klinikum des Landkreises Heidenheim.
Foto: www.kliniken-heidenheim.de

Im Jahr 2006 wurde das Kreiskrankenhaus, bis zu diesem Zeitpunkt ein Eigenbetrieb des Landkreises, in eine selbstständige Rechtsform überführt, nämlich in eine gemeinnützige GmbH. Diese gGmbH hat mit dem Landkreis Heidenheim nur einen Gesellschafter, was ein Zeichen dafür ist, dass das Krankenhaus nach dem Willen des Kreistags in öffentlicher Trägerschaft bleiben soll.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, also der Landkreis, vertreten durch den jeweiligen Landrat, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. In einem Gesellschaftsvertrag, der vom Kreistag beschlossen worden ist, sind die Aufgaben der Organe exakt beschrieben.
Was den Aufsichtsrat anbelangt, so setzt sich dieser aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen: dem Landrat, 14 Mitgliedern des Kreistags und dem Betriebsratsvorsitzenden. Der Kreiskämmerer, allerdings ohne Stimmrecht, sowie drei beratende Mitglieder, auch ohne Stimmrecht, vervollständigen das Gremium. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der Landrat.
Von den 14 Mitgliedern, die der Kreistag aus seiner Mitte gewählt hat, kommen 3 aus der SPD-Fraktion (Rainer Domberg, Walter Macher, Silvio Mundinger).

Die Aufgaben des Aufsichtsrats sind vielfältig und anspruchsvoll.

1. Kernaufgabe ist die Überwachung der Tätigkeit des Geschäftsführers, der zudem vom Aufsichtsrat bestellt wird und von diesem auch abberufen werden kann.

2. Genehmigung des Wirtschaftsplans, wie der Haushaltsplan im Klinikum heißt.

3. Wirtschaftliche Fragen der Krankenhausfinanzierung.

4. Zustimmung zum Krankenhausbudget und zu den Pflegesätzen (Dabei geht es im Heidenheimer Klinikum in jedem Jahr um 100 bis 120 Millionen Euro!).

5. Bestellung des Kaufmännischen Direktors, des Ärztlichen Direktors und des Pflegedirektors, aber auch die Anstellung und Kündigung von Chefärzten und deren Stellvertreter.

6. Vergabe von Prokura und Entscheidung, ob ein Rechtsstreit geführt werden soll.

7. Zustimmung zur Durchführung von Baumaßnahmen.

Der Aufsichtsrat will dem Klinikum wieder zu wirtschaftlicher Stabilität verhelfen, was keineswegs heißt, dass es Gewinn abwerfen muss.
Das Klinikum soll als medizinischer Leuchtturm über den Landkreis hinaus strahlen, und der Aufsichtsrat will, zumindest mehrheitlich, dass es in öffentlicher Trägerschaft bleibt.

Von Willi Häfele

Woher kommen die Namen „Osiander“ und „Grävenitz“?

In letzter Zeit kam es immer wieder mal vor, dass aufmerksame Leser/innen unseres SPD-Blättles danach fragten, woher wir eigentlich den Namen „Osiander“ haben. Neu in unsere Gemeinde gezogene sowie jüngere Bürger/innen vermuten oft, dies sei halt ein frei erfundener Fantasiename für unsere fast regelmäßig erscheinende und meistens in unserem ostschwäbischen Dialekt geschriebene Spalte „Unters Kopfkissen gesteckt...“. Ein Blick in die Geschichte Württembergs und die unseres Ortsteils Brenz zeigt jedoch, dass es die Person „Osiander“ tatsächlich gab.

Im 18. Jahrhundert lebte nämlich in Stuttgart der Kirchenratsdirektor Johann Osiander, früher Prälat von Hirsau und Professor in Tübingen. Dieser muss ein recht mutiger Mann gewesen sein, wie folgende überlieferte Episode zeigt:
Der württembergische Herzog Eberhard Ludwig hatte seit 1706 neben seiner Ehefrau eine junge mecklenburgische Gräfin als Geliebte, die 25 Jahre lang großen Einfluss auf ihn und das ganze Land hatte und mit der er im Schloss Ludwigsburg lebte, während seine Ehefrau in Stuttgart wohnte. Dieser Christina Wilhelmine von Grävenitz, geboren 1686 in Schwerin, schenkte er im Jahre 1727 sogar die Herrschaft Brenz (Ort und Schloss) auf Lebenszeit.

Die Grävenitz, die beim Volk und in kirchlichen Kreisen wegen ihrer Liebschaft mit dem Herzog nicht sonderlich beliebt war und sogar als „Landverderberin“ bezeichnet wurde, soll den (damals nicht unüblichen) Wunsch geäußert haben, ins sonntägliche Kirchengebet aufgenommen zu werden. Dem Herzog selbst, der diese Bitte vorgetragen hatte, soll jedoch Osiander forsch geantwortet haben, die Aufnahme seiner Geliebten ins Gebet erübrige sich, denn dies sei bereits in der 7. Bitte des Vaterunsers (Damals: „Herr, erlöse uns von dem Übel“) der Fall.
Als nun 1977 vom SPD-Ortsverein die kleine Ortszeitung „d's andre blättle“ gegründet wurde, wählten die Herausgeber den Namen des couragierten Kirchenmannes als Pseudonym für die gern gelesene Sparte „Unters Kopfkissen gesteckt...“, natürlich in der Hoffnung, dass über so Manches nicht nur geschlafen, sondern auch nachgedacht wird, was Osiander im Blättle aufgreift, kritisiert, tadelt oder lobt.

Von Gemeinderat Jürgen Mäck

Von null auf 600 in Bergenweiler!

Nicht ganz von null auf 600 stieg der Verkehr in Bergenweiler, da aufgrund der schon lange andauernden Brückensanierung und dem nun anschließenden Bau des Regenklärbeckens der Verkehr im Hinterdorf Bergenweilers schon ein wenig angewachsen war. **Aber seit der Sperrung der B 492 fahren nun durchschnittlich 600 Fahrzeuge durch die kleinen Gässchen am Ortsrand von Bergenweiler in Richtung Burgberg.** Die durchschnittliche Geschwindigkeit lag laut Messung der Gemeinde bei 52 km/h. Auch wenn nun vermutlich der Strafenkatalog des meiner Ansicht nach falsch besetzten Verkehrsministeriums entschärft wird, hätten vermutlich viele bei einer scharfen Messung ihren Führerschein für einige Zeit nach Flensburg schicken müssen.
Ein fehlender Gehsteig und die überhöhten Geschwindigkeiten waren Anlass vieler Bürger aus Bergenweiler lautstark zu protestieren. Die Gemeindeverwaltung bat deshalb am 24. Juni gemeinsam mit dem Regierungspräsidium zum Gespräch und zu einer entsprechenden Lösungsfindung. Nachdem fast alle Anwesenden eine Sperrung der Gemeindeverbindungsstraße nach Burgberg für den normalen Verkehr ablehnten, **einigten sich die Gesprächspartner auf eine mobile Bodenschwelle, welche nun zeitnah montiert werden soll und die Verkehrsteilnehmer zur Einhaltung der geltenden 30 km/h zwingen soll.**

Da die Verkehrsbelastung auch andernorts (Medlingen, Sachsenhausen, usw.) stark beklagt wird, wäre es eventuell sinnvoll, den Vorschlag der SPD-Fraktion bezüglich einer Einbahnregelung nochmals zu erörtern. Ein Einbahnverkehr durch das Wiesental von Hermaringen nach Brenz und zurück über Medlingen oder den Sachsenhauser Weg in Brenz nach Sachsenhausen und von dort wieder nach Hermaringen würde vermutlich zu einer spürbaren Entspannung der aufgeheizten Situation führen.

Mit solchen mobilen Bodenschwellen soll die Geschwindigkeit innerorts auf Tempo 30 reduziert werden.

Von Willi Häfele

Atomstrom hat keine Zukunft mehr

Wie im Atomausstiegsgesetz vorgesehen, werden Ende 2022 die letzten deutschen Atomkraftwerke (AKW) vom Netz gehen. Der jetzt noch laufende Block C im benachbarten Gundremmingen wird bereits Ende 2021 abgeschaltet. Trotzdem werden dadurch bei uns nicht „die Lichter ausgehen", wie es einstmals der CDU-Politiker Filbinger prophezeite, als das geplante AKW im badischen Wyhl durch Proteste der Bevölkerung verhindert wurde.

Das Atomkraftwerk in Gundremmingen.
Inbetriebnahme war 1984. Bock B ist seit 2018 außer Betrieb. Block C wird Ende 2021 folgen.
Foto: G. Neumann

Deutlich weniger Atomstrom

Die Menge des in Deutschland produzierten Atomstroms ging übrigens von 170 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2000 bis heute auf rund 75 TWh zurück, und unser derzeitiger Stromüberschuss, den wir exportieren, beträgt mit 36 TWh davon fast die Hälfte. Die ab 2023 dann theoretisch noch fehlende Strommenge kann leicht durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und durch moderne, flexibel einsetzbare Gaskraftwerke gedeckt werden.
Trotzdem hört man immer wieder Stimmen von Politikern aus CDU, CSU und AfD, die eine Laufzeitverlängerung der deutschen AKW oder sogar einen Neubau von AKW in Deutschland für wünschenswert halten. Dabei werden die großen Probleme bei der Atomstromproduktion einfach ignoriert. Man denke nur an die Unfälle und Katastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima, aber auch an das noch immer ungelöste Problem einer Endlagerung von hoch radioaktiven Abfällen, die noch hunderttausende Jahre lang gefährliche Strahlung abgeben.

Atomstrom ist viel zu teuer

Das Hauptproblem der Atomlobby ist jedoch ein anderes: Der immer wieder gepriesene billige Atomstrom entpuppt sich nämlich als Märchen! Ohne deutliche staatliche Subventionen ist er wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähig.
So kostet die Produktion einer Kilowattstunde Atomstrom in Deutschland derzeit über 10 Cent, während für Strom aus Sonne, Wind oder Erdgas nur zwischen drei und acht Cent anfallen. Deshalb sei auch der Neubau von Atomkraftwerken wirtschaftlich gesehen unsinnig, sagt z.B. Christoph Pistner vom Ökoinstitut in Darmstadt. Ohne Staatsbeihilfen sei die Technik nicht rentabel. Neubauten gibt es deshalb nur dort, wo sie der Staat massiv fördert, wie z.B. in China, Russland oder Indien. Die beiden im Bau befindlichen AKW-Blöcke Hinkley Point in Großbritannien sind übrigens bereits acht Jahre in Verzug, und die Kosten sind auf fast unglaubliche 26 Milliarden € angewachsen! Ohne die vereinbarte Einspeisevergütung würde sich die Anlage deshalb niemals rechnen.
Weltweit sind die wirtschaftlichen Folgen der AKW-Krise inzwischen deutlich zu sehen: Global beträgt der Anteil des Atomstroms nur noch 10,2 %. (Vor gut 20 Jahren waren es dagegen noch rund 17 %). Nach Ansicht der Internationalen Energieagentur könnte die Leistung aller Atomkraftwerke der Welt bis zum Jahr 2040 um weitere zwei Drittel sinken, weil immer mehr dieser Anlagen unwirtschaftlich werden oder zu alt sind.

d's andre blättle

Spendenkonto: KSK Heidenheim
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Verantwortlich: Corina Koller
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim
Herstellung:
Layout: Günther Neumann
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.200

SPD
www.spd.de